

# Sächsische Staatszeitung

Staatsanzeiger für den Freistaat Sachsen



Erscheint Werktag nachmittags mit dem Datum des folgenden Tages.  
Bezugspreis: Unmittelbar od. durch die Postanstalten 10 M. monatl. Einzelne Rm. 40 Pf.  
Fernsprecher: Geschäftsstelle Nr. 21295 — Schriftleitung Nr. 14574.  
Postfachkonto Dresden Nr. 2486.

Ankündigungen: Die 32 mm breite Grundzeile oder deren Raum im Anfüngungs-  
teile 4 M., die 66 mm breite Grundzeile oder deren Raum im amtl. Teile 8 M.,  
unter Eingeladn 10 M. Ermäßigung auf Familien- u. Geschäftsanzeigen.  
Schluß der Annahme vormittags 10 Uhr.

Beitweise Nebenblätter: Landtags-Beilage, Synodal-Beilage, Ziehungslisten der Verwaltung der Staatsschulden und der Landesfulturrentenbank, Jahresbericht und Rechnungsabluß  
der Landes-Brandversicherungsanstalt, Verkaufsliste von Holzplanzen auf den Staatsforstrevieren.  
Beauftragt mit der Oberleitung (und pressegesetzlichen Vertretung für den schriftstellerischen Teil): Regierungsrat Doenges in Dresden.

Nr. 10

Donnerstag, 12. Januar

1922

Dresden, 11. Januar.

## 2. Internationale Elbkonferenz.

Die 2. Internationale Elbkonferenz wird Ende Januar in Dresden zusammentreten, um die bereits begonnenen Beratungen über die Elbe-  
ette fortzusetzen.

## Die amerikanischen Besatzungs- truppen.

Nach einer Vorabmeldung aus Mainz wird die Zahl der amerikanischen Besatzungstruppen am 15. März d. J. 5217 Mann betragen.

## Einberufung des Auswärtigen Aus- schusses beauftragt.

(Eigene Meldung.)  
Die deutsche nationale Fraktion des Reichstages hat bei dem Vorsitzenden des Ausschusses für auswärtige Angelegenheiten beauftragt, den Ausschuss zum Zwecke der Herbeiführung einer Aus-  
kunft der Regierung über die Verhandlungen in Cannes sofort einzuberufen.

## Verfassungsausschuss des Reichs- wirtschaftsrates.

(Eigene Meldung.)  
Der Verfassungsausschuss des Reichswirtschaftsrates setzte in seiner gestrigen Sitzung seinen Re-  
beitsplan für die kommende Zeit fest. Bis zum 24. Januar sollen die Vorschläge der Gruppen und Abteilungen für die Gestaltung des Unter-  
baues der Bezirkswirtschaftsräte, insbesondere der bestehenden Berufsammern eingereicht werden. Der Arbeitsausschuss des Verfassungsausschusses wird sich mit den eingereichten Vorschlägen am 28. Januar beschäftigen und versuchen, danach einen Plan für den Unterbau ausarbeiten. Bisher liegt nur ein Vorschlag von Arbeitnehmer-  
seite vor.

## Die Umorganisation der Eisenbahnen.

(Eigene Meldung.)  
Gestern vormittag ist im Reichsverkehrsmini-  
sterium der Organisationsausschuss unter dem Vor-  
sitz des Reichsverkehrsministers Groener zusamen-  
getreten, um die Gutachten hervorragender Sach-  
verständiger aus der Industrie zum Eisenbahn-  
finanzgesetz zu hören. Die Beratungen werden  
voraussichtlich mehrere Tage in Anspruch nehmen.

## Berücksichtigung der Verhandlungen mit den Beamten.

(Eigene Meldung.)  
Die Verhandlungen zwischen dem Reichsfinanz-  
minister und den Vertretern der Beamtenorgani-  
sationen sind auf heute, Mittwoch, vormittag, ver-  
schoben worden, da der Reichsfinanzminister über  
die vorgestiegte Zusammenkunft der Finanzminister  
der Länder zunächst dem Kabinett Bericht er-  
statten wollte.

## Einberufung des preussischen Staatsrates.

(Eigene Meldung.)  
Der preussische Staatsrat ist zum 17. d. M.  
einberufen worden, um verschiedene kleine Ver-  
lagen und den neuen Etat zu begutachten. Der  
verfäktete Hauptauschuss wird vom Dienstag bis  
Sonabend den Etat vorberaten.

## Beratungen der Sowjetvertreter mit Kerenski.

London, 11. Januar. Der Berichterstatter  
der „Morningpost“ meldet: Es heißt, daß die Be-  
handlungen zwischen den Sowjetvertretern und  
den Gegnern der russischen Bolschewisten wieder  
aufgenommen werden sollen. Krassin ist in London  
bereits zweimal mit Kerenski und außerdem auch  
mit Sawlow zusammengekommen.

## Ein Jahr sächsischer Politik.

Jahresrückschau.

(Geschäftsbereich des Ministerpräsidenten. Schlußwort.)

In der nunmehr abgeschlossenen Aussprache wurde, wie in der Einleitung angekündigt worden war, ein Tätigkeitsbericht der einzelnen Mini-  
sterien für die Zeit vom Dezember 1920 bis zum  
Jahreschluß 1921 gegeben. Die Richtlinien für die  
durch das jetzige Kabinett geleistete Arbeit  
wurden durch die am 14. Dezember 1920 von  
dem Ministerpräsidenten im Landtag abgegebene  
Regierungserklärung vorgezeichnet. In den Land-  
tagssitzungen vom 16. und 17. Dezember 1920  
waren diese Richtlinien eingehend besprochen  
worden. Auch die nunmehr veröffentlichten Tätig-  
keitsberichte sind bereits in einer Reihe von  
Zeitungen kritisch behandelt worden. Es ist selbst-  
verständlich, daß das Kabinett nicht erwarten  
konnte, für seine Tätigkeit von allen Seiten An-  
erkennung zu finden, wurde doch selbst in den  
Reihen der den Ministern politisch Nahestehenden  
nicht ganz selten Unzufriedenheit über das Ge-  
schehene oder wegen des Nichtgeschehenen zum  
Ausdruck gebracht. Sachliche Auseinandersetzungen  
aber tatsächliche oder vermeintliche Fehler und  
Mängel waren und sind immer erwünscht, denn  
sie können anregend und vorwärtstreibend oder  
korrigierend und wohlthätig hemmend wirken. Das  
Kabinett fühlt sich bei seinen Arbeiten mehr wie  
jeder Andere zu eingehender Prüfung und Be-  
urteilung aller in Betracht kommenden Momente  
verpflichtet, um die Wirkung gesetzgeberischer und  
verwaltungstechnischer Maßnahmen nach bestem  
Vermögen abzumägen. Aus diesen Gesicht-  
punkten möchte die Jahresrückschau betrachtet  
werden, die noch durch den Bericht über den  
Geschäftsbereich des Ministerpräsidenten vervoll-  
ständigt werden soll.

Dem Ministerium der auswärtigen  
Angelegenheiten liegt es ob, neben dem Ver-  
kehr mit dem Ausland, der ihm nach der neuen  
Reichsverfassung noch gebühren ist, vor allem die  
sächsischen Landesinteressen beim Reiche und den  
Reichsbehörden zu vertreten und eine einheitliche  
Politik in solchen Fragen unter Ausdehnung  
einiger Meinungsverschiedenheiten der einzelnen  
Refforts herbeizuführen. Es hat die dadurch be-  
dingten zahlreichen Arbeiten, Besprechungen und  
Korrespondenzen auszuführen gehabt, die, soweit  
Reichsbehörden in Frage kommen, überwiegend  
durch die Gesandtschaft in Berlin weiter verfolgt  
werden.

Der Einfluß unserer Berliner Vertretung und ihre  
Beziehungen zu allen Reichs- und preussischen  
Behörden sind durch die sachgemäße Erledigung  
aller ihr zugetheilten Obliegenheiten anerkannt gut.  
An dieser Tatsache vermögen auch einzelne ab-  
fällige Beurteilungen in einigen Zeitungen, die  
der sächsischen Regierung und ihren leitenden Be-  
hörden Nachteiliges andichten, nichts zu ändern.  
Der Abgang unserer früheren Gesandten Dr. Koch,  
der wegen seiner Fähigkeiten und der allgemeinen  
Wätzung, die er genießt, vom Reichspräsidenten als Ge-  
sandter des Reichs nach Prag berufen wurde, ver-  
pflichtete die Regierung, einen geeigneten, mit  
den sächsischen Verhältnissen durchaus vertrauten  
Nachfolger zu bestimmen. Durch die Ernennung  
des früheren Reichsministers und sächsischen Mi-  
nisterpräsidenten Dr. Gradnauer zum Nachfolger  
Dr. Kochs ist die Gewähr gegeben, daß die säch-  
sischen Interessen im Reichsrat und an allen an-  
deren in Betracht kommenden Stellen durch die  
Gesandtschaft wie bisher gewahrt und gefördert  
werden. Die Übernahme der deutschen Gesand-  
tschaft in der Tschecho-Slowakei durch den Ge-  
sandten Dr. Koch aber, der durch seine frühere  
Tätigkeit im Dienste Sachsens mit unserem Lande  
eng verbunden ist, läßt Vorteile auch für Sachsen  
erhoffen, u. a. durch Festigung des freundschaft-  
lichen Verhältnisses zu unserem südlichen Nach-  
barn.

Die Geschäftsvertretung in München, deren  
Tätigkeitsgebiet sich außer auf Bayern noch über  
Württemberg, Baden und Hessen erstreckt, hat  
durch persönliche Beteilignahme mit leitenden po-  
litischen Persönlichkeiten und wirtschaftlichen Körper-  
schaften und durch Teilnahme an Besprechungen  
dortiger amtlicher Stellen wesentlich zur Wahrung  
und Förderung sächsischer Interessen im Ver-  
tretungsbereich beigetragen.

In den mitteldeutschen Staaten hat Sachsen  
keine Geschäftsvertretung. Um eine bessere  
Führung mit den Regierungen dieser Länder  
herbeizuführen, haben deshalb auf Anregung der  
braunschweigischen Regierung Besprechungen der  
Minister von Sachsen, Thüringen, Braunschweig  
und Anhalt stattgefunden, in denen die Regie-  
rungen der beteiligten Staaten gemeinsame An-  
gelegenheiten informativ besprochen und Erfah-  
rungen in Regierungs- und Verwaltungssachen  
ausgetauscht haben. Auch zu bevorstehenden ge-  
setzgeberischen Maßnahmen wurde anregend  
Stellung genommen, ohne durch Beschlüsse eine  
Bindung herbeizuführen. Der Erfolg solcher Be-  
sprechungen liegt in der Verwertung des Ge-  
hörten, in der Übernahme bewährter Maßnahmen  
und der Unterlassung solcher, die sich anderwärts  
als unpraktisch erwiesen haben. Die gemeinsamen  
wirtschaftlichen Interessen benachbarter deutscher  
Länder bedingen einen öfteren Meinungsaustausch  
zwischen ihren leitenden Ministern auch, um auf  
eine gemeinsame Stellungnahme im Reichsrat  
hinzuwirken.

Konsularische Vertretungen hat Sachsen in  
München, Bremen, Hamburg, Frankfurt a. M.,  
Köln und Stuttgart.

Von deutschen Staaten sind jetzt in Sachsen  
die in Berlin residierenden Gesandten von Bayern,  
Baden und Württemberg akkreditiert. Die Preusi-  
sche Gesandtschaft in Dresden wird zurzeit von  
einem Geschäftsträger verwaltet. Generalkonsulate  
und Konsulate auswärtiger Staaten sind mit dem  
Sitz in Dresden, Leipzig oder Chemnitz insgesamt  
55 in Sachsen tätig, mit denen amtlich und auch  
persönlich in jeder Hinsicht gute Beziehungen ge-  
pflegt, und durch deren Wirksamkeit alle Ver-  
bindungen zwischen ihren Ländern und der säch-  
sischen Industrie- und Handelswelt gefördert oder  
neue angebahnt werden.

Bei einigen in Sachsen abgehaltenen wichtigen  
Veranstaltungen hatte im vergangenen Jahre der  
Ministerpräsident den sächsischen Staat zu ver-  
treten, so bei der Konferenz der deutschen Er-  
nährungsmiister am 15. Januar 1921, der  
3. Tagung der Internationalen Elbkommision am  
24. Januar, der Generalversammlung des Deutschen  
Eisenbahnerverbandes, der Eröffnung der Deutschen  
Landwirtschaftlichen Ausstellung am 16. Juni und  
der anschließenden Tagung der Deutschen Land-  
wirtschaftlichen Gesellschaft. Aber auch verschiedene  
andere Veranstaltungen, wie der Deutsche Kultur-  
tag der Handwerker in Leipzig, die Eröffnung  
von Spezialausstellungen des Vereins National-  
Hygiene-Museum, die Herbstblumenchau usw. gaben  
der Regierung und besonders dem Ministerpräsi-  
denten Anlaß, sie im Namen des sächsischen Volkes  
und der sächsischen Regierung zu bewillkommen.  
Erwähnt seien auch die Empfänge des diplo-  
matischen Vertreters der Kurie und des für das  
neu errichtete Bistum Meißen ernannten Bischofs  
durch den Ministerpräsidenten.

Einladungen zu Tagungen, Versammlungen,  
Kongressen und Ähnlichem ergeben im übrigen an  
den Ministerpräsidenten und die Minister so zahl-  
reich, daß es in sehr vielen Fällen leider nicht  
möglich war, ihnen zu folgen.

Im Gesamtministerium traten 1921 durch  
den wegen Krankheit erfolgten Austritt des Wirt-  
schaftsministers Schwarz, die freiwilligen Rücktritte  
des Justizministers Dr. Hornisch und des Arbeits-  
ministers Jadel Aderungen ein. Der Minister-  
präsident berief am 1. Mai den Landtagsabgeord-  
neten Rebalter Hellisch zum Wirtschaftsminister,  
am 1. August den Landgerichtsrat Dr. Zeigert zum  
Justizminister und am 31. Dezember den Reichs-  
tagsabgeordneten Arbeitersekretär Rapp zum  
Arbeitsminister. Daß diese Berufungen nach Rück-  
sprache mit den beiden sozialdemokratischen Ver-  
einigungsparteien erfolgt sind, ist unter dem par-  
lamentarischen Regierungssystem selbstverständlich.

Die Hauptaufgabe der dem Ministerpräsidenten  
unterstehenden Staatskanzlei ist es, neben der  
Bearbeitung aller Verfassungs-, Wahlrechts- und  
Parlamentsangelegenheiten händige enge Züh-  
lung mit den Ministerien zu halten,  
um durch vorbereitende und anregende Maß-  
(Fortsetzung Seite 2.)

## Reichsfinanzminister Dr. Hermes vor den Steuer- ausschüssen.

Reichsfinanzminister Dr. Hermes hielt in der  
gestrigen ersten Sitzung der beiden vereinigten  
Steuerausschüsse eine Rede, in der er etwa das  
Folgende ausführte: „Die Ausschüsse des Reichs-  
tages haben nach Vertagung des Plenums die  
Beratung der Steuerentwürfe in erster Lesung  
vollendet. Aus den Verhandlungen und aus dem  
Gesichte, in dem sie geführt worden sind, glaube  
ich die Hoffnung schöpfen zu können, daß auch  
die weiteren Beratungen der Steuerentwürfe zu  
einem Ergebnis führen, das der Finanznot des  
Reiches die mögliche Abhilfe schafft. Die Reichs-  
regierung muß mit Rücksicht auf die ihnen be-  
kanntesten Verhältnisse den größten Wert darauf  
legen, daß die bereits betonte Notwendigkeit der  
Ausdehnung aller Steuerquellen bis auf äußerste  
Grenzen erfüllt wird. Die Wünsche der Reichs-  
regierung in dieser Hinsicht kann ich kurz wie  
folgt zusammenfassen: Die Zölle auf Kaffee, Tee  
und Kakao, deren Erhöhung in erster Lesung ab-  
gelehnt worden ist, müssen mindestens auf die  
vom Reichswirtschaftsrat vorgeschlagene Höhe ge-  
bracht werden. Bei der Tabaksteuer wird die  
Herabsetzung der Ermäßigung der Steuerhöhe für  
Zigaretten und für Feinschnitt von 20 auf höch-  
stens 10 Proz. notwendig sein. Bei der Bier-  
steuer wird die Steuerbegünstigung für Bier mit  
einem Stammwürzegehalt bis zu 9 Proz. be-  
seitigt werden. Ten Gemeinden wird daneben  
die Befugnis zur selbständigen Erhebung eines  
bestimmten Zuschlages einzuräumen sein. Die  
Zuckersteuer, die in erster Lesung auf den Satz  
von 50 M. für den Doppelzentner erhöht worden  
ist, muß auf den im Entwurf vorgeschlagenen Satz von  
100 M. für den Doppelzentner herabgesetzt werden.  
Bei der Kohlensteuer muß der größte Wert darauf  
gelegt werden, daß die vorgeschlagene Erhöhung  
auf 40 Proz. begünstigt wird, mit der Maßgabe,  
daß je nach Lage der wirtschaftlichen Verhältnisse  
eine Ermäßigung oder Erhöhung dieses Satzes  
eintreten kann. Die Umsatzsteuer soll nach den  
Beschlüssen in erster Lesung nur auf 2 Proz. er-  
höht werden. Diese Steuer bildet wegen ihrer  
Ertragslosigkeit das Rückgrat der vorgeschlagenen Finanz-  
reform, und es muß deshalb aus finanziellen und  
auch aus sonstigen Gründen der größte Wert  
darauf gelegt werden, daß der im Entwurf vor-  
geschlagene Satz von 2½ Proz. auch tatsächlich  
Gehehertrost erlangt. Bezüglich der Zug-  
schiffstätten-Steuer wird zu erwägen sein, ob sie  
nicht so durchgeführt werden kann, daß unter Be-  
rücksichtigung des Vorschlages des Deutschen  
Städteverbandes ein Rahmengesetz im Sinne des Ent-  
wurfes geschaffen wird, innerhalb dessen die Ge-  
meinden für selbständige Regelung befugt erklärt  
werden. Bei den Vermögenssteuererträgen möchte  
ich die Änderung der Bewertungsrichtlinien der  
§§ 16 und 17 des Vermögenssteuer-Gesetzes  
besonders hervorheben. Der Tarif des Ver-  
mögenssteuerertrages ist mit Rücksicht auf die in-  
zwischen eingetretene Geldentwertung durch Aus-  
einanderziehung der Steuerstufen abgeschwächt  
worden. Auch bei der Vermögenszuwachssteuer  
halte ich die weitgehende Ermäßigung des Tarifes  
nicht für gangbar. Bei Berücksichtigung der ein-  
getretenen Geldentwertung würde es nach meiner  
Auffassung genügen, wenn für die erste Steuer-  
stufe dieses Tarifs an Stelle von 100 000 M.  
200 000 M. gesetzt werden. Bezüglich der Abgabe  
vom Vermögenszuwachs aus der Nachkriegszeit  
möchte ich bitten, bei den Bewertungsrichtlinien  
(§§ 18 und 19) die Regierungsvorlage wieder  
herzustellen. Durch die Abstriche und Abschwä-  
chungen, die in erster Lesung an den Regierungsvor-  
lagen gemacht worden sind, entstehen folgende  
Ausfälle: Bei der Kohlensteuer 4 bis 5 Milliarden,  
bei der Zuckersteuer 0,5 Milliarden, bei der Bier-  
steuer 0,2 Milliarden, bei der Tabaksteuer 0,4 Mil-  
liarden, bei den Zöllen 1,5 Milliarden und bei  
der Umsatzsteuer 5 Milliarden, also insgesamt rund  
12 Milliarden.

Schon mit Rücksicht auf die finanzielle  
Wirkung halte ich dringend, meinen Anregungen  
Folge geben zu wollen. Bei dieser Gelegenheit  
sage ich ein kurzes Wort über die Abänderung  
des Einkommensteuerertrages bei, da diese im Aus-  
lande zum Teil einer abfälligen Kritik unterzogen  
worden ist. Diese Kritik ist vollständig unent-  
-